



Bedrohte Freiheit: Das Ende der europäischen Integration?

Das schockierende Abgrenzungs-Votum der Schweizer Wähler vom Februar gegen den weiteren Zuzug aus dem Ausland betrifft im Kern vor allem die Westeuropäer aus Deutschland und Italien. Die Abstimmung hat deutlich gemacht, was auch Umfragen in vielen anderen europäischen Ländern signalisieren: Das Thema Zuwanderung gehört zu den wichtigsten politischen Fragen, die die Menschen in Europa umtreiben. Es ist damit zu rechnen, dass nicht wenige Politstrategen versucht sein werden, mit diesem Stichwort im kommenden Europawahlkampf die Emotionen zu schüren.

Deshalb ist das umstrittene Ergebnis jener Volksabstimmung auch keine rein Schweizer Angelegenheit. Abgesehen davon, dass damit viele weitere Vereinbarungen zwischen Bern und Brüssel auf dem Spiel stehen, geht es hier um einen sehr prinzipiellen Testfall: Wie hält es Europa mit der Freizügigkeit? Die Freizügigkeit für Personen ebenso wie für Waren, Dienstleistungen, Kapital, Informationen und Meinungen ist einer der Grundpfeiler der Idee des freiheitlichen Europa. In einem solchen freiheitlichen und sozialen Europa gibt es keine Bürger erster und zweiter Klasse. Die Idee ist vielmehr, dass auch die Arbeitsmärkte offen sind und immer weiter zusammenwachsen. Wer dieses Prinzip aufgibt, gibt faktisch die Idee der europäischen Integration auf.

Deshalb hat die Europäische Union auch gar keine andere Wahl, als in den anstehenden Verhandlungen mit der Schweiz hart zu bleiben. Denn schon mehrere sich auch in anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft Stimmen, die Freizügigkeit wieder einzuschränken und von Bedingungen abhängig zu machen. Bei den Europawahlen wird dies eine Rolle spielen. Einige werden für ihre durchsichtigen Zwecke Ängste schüren wollen. Es ist deshalb dringend erforderlich, offensiv für die Idee offener Grenzen und freier Arbeitsmärkte zu werben.

Das bei vielen Bürgern spürbare Misstrauen hat viel damit zu tun, dass es der Politik bisher nicht ausreichend gelungen ist, klar zu machen, wie sehr unser Wohlstand und unsere soziale Sicherheit auf der internationalen Arbeitsteilung und der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung beruhen. Gerade für Europa gilt: Je mobiler die Arbeitsmärkte, desto größer die Wachstumschancen. Dies ist letztlich die Schicksalsfrage, über die EU-Bürger aus 28 Ländern am 25. Mai zu entscheiden haben.

Nach diesem europäischen Votum sind das neu gewählte Europäische Parlament sowie die künftige EU-Kommission aufgerufen, für Europa eine wirklich überzeugende und glaubwürdige Zuwanderungskonzeption zu entwickeln. Denn das Thema Migration wird aufgrund der ökonomischen wie politischen Entwicklungen eine unserer wichtigsten Zukunftsherausforderungen sein.

Notwendig sind hierfür klare Regelungen, die nicht nur auf dem Papier stehen. Ebenso müssen Fehlentwicklungen korrigiert werden. Das gilt auch für die Sorge, Zuwanderung könnte zum ungeschützten Einfallsstor in unsere Sozialsysteme werden. Genau dies gilt es zu verhindern. Womöglich sind einzelne geltende rechtliche Bestimmungen hier nicht ausreichend oder präzise genug. Ebenso müssen allerdings die Integrationsbemühungen vor Ort, vor allem in den Kommunen, stärker unterstützt werden. Denn sonst siedeln sich im gelebten Alltag Zwietracht statt Zusammenleben an. Und die große europäische Idee bleibt auf der Strecke.



Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Redaktion: Holger Hinte, Mark Fallak
Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 - 38 94 222
Fax: +49 (0) 228 - 38 94 510
E-Mail: compact@iza.org
Internet: www.iza.org
Grafiken/Fotos: IZA
Druck: Güll GmbH, Lindau
Layout: Thomas Wasilewski, Benedikt Kliche